

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:

Har A. am. 32. Mon 6783, wach 6707.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Wollschekam 67544.

Inserate werden auf Lutz billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preis nachfol.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 18. Jänner 1923.

Nr. 13.

Triumph der Gewalt.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die französischen Truppen marschieren. Sie marschieren nach Offen, nach Dortmund, nach Gelsenkirchen, nach Hagen, nach Barmen, sie besetzen die wirtschaftliche Berglammer Deutschlands, sie requirieren die Bergwerke, sie verlangen von den Arbeitern, daß sie fortan für das französische Kapital ebenso frondend sollen, wie sie bisher für das deutsche Kapital frondend haben. Die Lösung heißt Sicherstellung der Reparationen, das wirkliche Ziel ist die Eroberung des wertvollsten und wichtigsten Industriegebietes Europas für den französischen Imperialismus. Für das deutsche Proletariat erhebt sich die schicksalsschwere Frage, ob es nicht gleich sei, unter welcher nationalen Flagge sich ihm das ausbeutende Kapital entgegenstelle. Die deutsche Arbeiterklasse hat darauf mit der entschlossenen Abwehr der französischen Invasion geantwortet. Sie weiß, daß sich hinter den Versprechungen der fremden Befehlshaber die alten Fesseln und Ketten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbergen, sie will sich die Freiheit nicht von außen bringen lassen und verzichtet darauf, den alten Käfig mit einem neuen zu vertauschen, selbst wenn er vergoldete Stäbe hat.

Im Ruhrgebiet triumphiert die Gewalt. In Frankreich herrscht der Nationalismus. Aber auch in Deutschland wittert die Reaktion Morgenluft. Der deutschnationale „Tag“ schreibt: „Unsere Hoffnung heißt Poincaré“, in Bapern werden die Vorbereitungen für die Reubelegung der Einwohnerebenen getroffen und der deutschnationale Rob jungt bereits auf den Gassen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Das deutsche Memel, das angeblich dem Völkerverbund untersteht und von französischen Soldaten bewacht wurde, ist von den Litauern besetzt worden, in Polen werden Uebungs- und Gestaltungsbeispiele ausgegeben. In Amerika liegt eine Kaufofferte auf 500.000 Armeegewehre für einen europäischen Staat vor, deren Ausführung bisher nur noch an dem Widerstand der Regierung von Washington gescheitert ist. Die Sommertrage von 1914 scheinen sich zu wiederholen. Der Säbel und das Bajonett sind wieder oben auf.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte zwar durch Mehrheitsbeschluß entschieden, daß die Abwehr der Regierung Cuno gegen den französischen Einbruch unterstützt werden solle, aber der Redner unserer Partei hob in der entscheidenden Sitzung mit allem Nachdruck hervor, daß die Arbeiter jede Gemeinschaft mit jenen Elementen ablehnen, die unter dem Deckmantel der „nationalen Einheitsfront“ den Revanchekrieg gegen Frankreich predigen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ließ sich bei ihrem Votum von der Latsche bestimmen, daß ein unzweifelhafter Rechtsbruch der französischen Regierung und ein Angriff des französischen Imperialismus vorliege. Außerdem aber: Wer sollte in der augenblicklichen Situation die Regierung übernehmen, wenn das Kabinett Cuno unter sozialdemokratischer Mitwirkung gestürzt werde? Die Regierung ist also geblieben, der Reichskanzler hat versprochen, daß der Gewalt der Appell an die wirtschaftliche Vernunft entgegengekehrt werden solle, und im Innern würde der Opfermut aller Kreise der Bevölkerung dazu beitragen, daß das deutsche Volk die jetzt hereinbrechende schwere Zeit überstehen könne, ohne in den Abgrund gerissen zu werden.

Seitdem ist der Dollar, der Maßstab für den Lebensstand der minderbemittelten Bevölkerung, um die Hälfte seines bisherigen Standes in die Höhe gegangen, was zum mindesten darauf schließen läßt, daß die Kapitalbesitzer auch jetzt nicht an Opfer, sondern nur an Gewinn denken. Im gleichen Maße gehen die Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs in die Höhe. Produzenten und Händler beissen sich, jedes Risiko von sich abzuwälzen, und zwar auf die Schultern derjenigen, die weder Sachverste, noch Bewissen besitzen, sondern allein von dem Leben müssen, was ihnen die ununterbrochene Arbeit bringt. Je folgenschwerer die französische Invasion für den Bestand des Reichs ist, desto besser gedeihen die Kurse der Industriepapiere. Je ungewisser es um die Aussichten der Ernährung steht, desto lebhafter verlangen die agrarischen Kreise nach der Bewilligung ihrer Ansprüche. Zu derselben Zeit, in der die Unternehmer von den Arbeitern fordern, daß sie mit ihren Lohnforderungen angesichts der außerpolitischen Situation zurückhalten, läßt die Regierung eine neue beträchtliche Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide an.

Das deutsche Proletariat kennt das Lied von der nationalen Einheitsfront, von der Opferberei-

Für die Erhaltung des Friedens.

Gegen die Gewalttat des französischen Imperialismus. — Verlangen nach sofortiger Abhaltung des sozialistischen Weltkongresses.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten Sitzung zu dem Anschlag der französischen und der belgischen Regierung auf Deutschland, den die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet, Stellung genommen. Die durchgeführte Debatte ergab die einhellige Auffassung, daß diese militärische Besetzung der Kohlenlammer Deutschlands eine Verletzung des Friedensvertrages in sich faßt, die seiner Zerreißung gleichkommt und daß sie ebenso einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands, wie eine weitere Erschütterung der europäischen Wirtschaft und eine unmittelbare schwerste Bedrohung des Friedens bedeute.

Einheitlich gab der Vollzugsausschuß dem Proteste gegen diese Gewalttat Ausdruck und sprach die Überzeugung aus, daß das verantwortungslose Vorgehen der französisch-belgischen Regierungen, wie für alle Staaten, so auch für die tschechoslowakische Republik die größte Schädigung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, eine weitere Steigerung der Krise mit ihren furchtbaren Folgen für die ohnehin schwer heimgegriffene Arbeiterklasse zeitigen muß.

Der Vollzugsausschuß sah den Beschluß, der Arbeiterklasse Deutschlands, welcher das wahnwitzige Vorgehen des französischen Imperialismus vermehrte Not und erhöhtes Leid auferlegen wird, die innigste Sympathie auszusprechen.

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der tschechoslowakischen Republik fühlen sich in ihrem Proteste mit der sozialistischen Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Belgiens und anderer Staaten einig und begrüßen es freudig, daß das Proletariat dieser Länder den Kampf gegen den Anschlag auf den Frieden der Welt eröffnet hat. Die Aktion zur Erhaltung der Weltfriedensorganisationen muß international organisiert werden. In dem Augenblicke, da der Nationalismus und Imperialismus aufs neue die Welt in Brand zu stecken und die Arbeiterklasse Europas neuerlich das Opfer des Treibens des Kapitalismus zu werden droht, muß das internationale sozialistische Proletariat sich zur gemeinsamen Aktion zusammenschließen.

Aus diesen Gründen sah der Vollzugsausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik den Beschluß, die sofortige Abhaltung des für den Monat Mai in Hamburg geplanten internationalen Sozialistenkongresses zu verlangen.

Stellungnahme unserer Partei zur außerordentlichen Situation.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes hielt am Mittwoch, den 17. Jänner 1923, eine Sitzung ab, um zu den aktuellen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Nach Entgegennahme des ausführlichen Berichtes des Genossen Dr. Cech und nach eingehender Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, eine Rundgebung, die an anderer Stelle dieses Blattes abgedruckt ist, herauszugeben und die sofortige Einberufung des internationalen sozialistischen Weltkongresses vom vorbereitenden Aktionskomitee zu verlangen.

Das Vorgehen Frankreichs, durch das der Friede Europas bedroht, die Weltwirtschaftskrise verschärft und die Lebensbedingungen des gesamten Proletariats, insbesondere auch die der Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik aufs schmerzhafteste gefährdet erscheinen, macht die sofortige Einberufung des Parlamentes notwendig. Die Bevölkerung muß darüber Klar-

heit erhalten, welche Stellung die tschechoslowakische Regierung in dieser kritischen Situation einnimmt, die durch die Vorgänge an den ungarischen Grenzen noch verschärft wurde. Aus diesem Grunde erscheint die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses dringend notwendig, um den Abgeordneten Gelegenheit zur Rundgebung ihres Willens zu geben.

Ferner wurde beschlossen, dem Minister des Innern den Standpunkt der Partei zur Kenntnis zu bringen. In Ausführung dieses Beschlusses fand heute nachmittags eine Besprechung mit dem Außenminister Dr. Benes statt, an der die Genossen Dr. Cech, Cermak, Riehnert und Hillebrand teilnahmen und in der der Minister seine Stellungnahme zu allen aktuellen außenpolitischen Fragen darlegte.

Ueber die sich aus dieser Situation für die Parteiorganisationen ergebenden Aufgaben erhalten die Kreisorganisationen auf schriftlichem Wege Verständigung.

Aktion des französischen Militarismus der Fall sein. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs werden sich nicht vermindern, die Revanchelust des deutschen Nationalismus aber wird sich noch verstärken, und die einzigen Leidtragenden werden die französischen ebenso wie die deutschen Arbeiter sein. Nicht nur, daß sich ihre Lebenslage weiter verschlechtern wird, ihnen droht auch noch die Gefahr eines neuen, des nächsten Weltkrieges.

Der englische Imperialismus sieht dem französischen Treiben vorläufig noch mit verschränkten Händen zu. Gelingt es aber dem französischen Imperialismus, durch die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu gewinnen, so geraten seine Interessen in scharfem Widerspruch zu den Interessen des britischen Imperiums, der nach der Logik der kapitalistischen Machtpolitik nur durch die Waffen gelöst werden kann. Bleibt jetzt der französische Säbel siegreich, so ist damit nicht allein der endgültige Untergang des Deutschen Reichs besiegelt; aus ihm müssen neue schwere Konflikte entstehen, statt des tausendjährigen Fried-

Deutschlands neue „Verfehlungen“.

Der Beschluß der Reparationskommission.

Paris, 16. Jänner. (Wolff.) Der Beschluß der Reparationskommission, der in der heutigen Sitzung gefaßt wurde, ist in folgendem Protokoll niedergelegt worden: Die Kommission ist heute um 11 Uhr unter dem Vorsitz Barthelemy zusammengetreten und hat mit drei Stimmen unter Zustimmung des englischen Delegierten folgenden Beschluß gefaßt: 1. Seit dem 12. Jänner sind keine Kohlenlieferungen bewirkt worden. 2. Der Reichskommissar hat durch ein Schreiben den zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell bekannt gegeben, daß die Reparationslieferungen sofort eingestellt werden. 3. Die deutsche Lieferungskommission hat die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sämtliche Lieferungen sowohl zu Reparations- wie zu Restitutionszwecken eingestellt wurden, daß die zur Abfahrt bereiteten Züge nicht abgelassen werden und daß tatsächlich seit dem 12. Jänner zwei Züge mit Vieh und Pferden von den deutschen Behörden auf der Fahrt aufgehalten worden sind. Dieser Zustand der Dinge ist die vorsätzlich und bewußt herbeigeführte Folge einer am 12. Jänner von der deutschen Regierung der französischen und der belgischen Regierung gemachten Notifikation, deren Wortlaut von der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden ist. In Anbetracht der angeführten Umstände behält die Reparationskommission, daß bei den von Frankreich und Belgien zu machenden Lieferungen seit dem 13. Jänner zwei Verfehlungen gegen Deutschland im Sinne des § 17, Absatz 2 zu Abschnitt 8 des Vertrages von Versailles hinsichtlich der Kohlen- und Viehlieferungen zu Reparations-, bzw. Restitutionszwecken vorliegen. Entsprechend dem angeführten Vertragsparagrafen sind diese Verfehlungen sofort den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens zur Kenntnis gebracht worden.

Die Amsterdamer Internationale gegen Krieg und Militarismus.

Amsterdam, 17. Jänner. (Wolff.) Der von Internationalen Gewerkschaftskongress in Rotterdam eingeleitete Ausschuss zum Studium des Problems Krieg und Militarismus beriet zum Teile auf Grund der vom Weltfriedenskongress unlängst angenommenen Resolutionen organisatorische Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Militarismus und Kriegsgefahr. Die vom internationalen Gewerkschaftsbunde unterbreiteten Vorschläge für die Organisation einer entsprechenden Propaganda wurden angenommen und ihre Durchführung einem besonderen Komitee überwiesen. Angesichts der Besetzung des Ruhrgebietes erklärten die Vertreter der Bergarbeiter, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter sich bereit, eine Aktion der internationalen Gewerkschaftsbundes so einzuleiten wie nur möglich zu unterstützen.

Berlin, 17. Jänner. (Sch. P. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Offen, daß der Vorsitzende des Allen Bergarbeiterverbandes gestern nach Amsterdam zur Teilnahme an einer Sitzung der Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes abgereist ist, bei der über Protestmaßnahmen wegen der Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden soll. Der zweite Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes ist zu Besprechungen nach Berlin abgereist.

dens, von dem die Völker Europas träumten wird es einen Kampf aller gegen alle geben.

Die deutsche Arbeiterklasse will keine Gemeinschaft mit den Propheten der Gewalt, sei es dies jetzt wie jenseits des Rheins. Sie setzt ihre Erwartungen auf die Hilfe des internationalen Proletariats. Die englischen Arbeiter haben sich bereits energisch gegen die Aktion des französischen Militarismus gewandt; die französischen Sozialisten protestierten heftig gegen die räuberischen Methoden ihrer Regierung; die belgische Arbeiterpartei, die am besten weiß, was ein Fremdherrschaft bedeutet, verlangt die Verständigung mit Deutschland. Dieser ersten Beweise internationaler Solidarität werden entscheidender Handlungen folgen, wenn erst die Wirkungen der französischen Invasion sichtbar sind und der erste blutige erlauchte Siegesrausch in Frankreich verflohen ist. Bis dahin aber werden die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß der Triumph der Gewalt von außen nicht sein Gegenstück findet in der rückwärtslosen Ausbeutung der innerpolitischen Situation durch die deutsche Bourgeoisie.

Gegen die heimlichen Bücherer.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Reichstags wandte sich der Präsident des Reichstages Genosse Voegelé noch einmal gegen die Besetzung, indem er zugleich die Bevölkerung zur Ruhe mahnte, an die Gewaltsherren aber die Warnung richtete, ihre Politik nicht zum bitteren Ende weiterzutreiben. Dann wurde über einen sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Preissteigerung verhandelt. Den Sozialdemokraten handelt es sich darum, festzustellen, wie weit die jetzigen Preise durch die Weltmarktlage gerechtfertigt erscheinen. Der Referent zeigte, daß bei der Preisbildung die Gewinnsucht der Händler eine große Rolle spielt. Der Reichstag stimmte in etwas veränderter Form dem Antrag zu. Der Reichstag vertagt sich bis 25. Jänner, kann aber vorher einberufen werden, wenn es die Lage des Reiches erfordert.

Deutschland Import.

Berlin, 17. Jänner. Der Reichsernährungsminister empfing heute die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung über die augenblickliche Ernährungsfrage und über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen. Unter anderem soll eine wesentliche Einschränkung des Konsums an Fleisch, Eiern und Kuchen in der Gastwirtschaften geplant sein, ferner eine Beschränkung der Schokoladen- und der Kuchenherstellung. Auch sonst werden allenthalben Verfügungen getroffen, die an die Kriegszeit erinnern. So hat der Berliner Polizeipräsident im Hinblick auf die drohende Kohlenlage für Berlin von morgen ab die Polizeistunde um 2 Stunden verkürzt und auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Die Ruhrarbeiter gegen die Militarisierung.

Berlin, 17. Jänner. (T.H. P.-B.) Nach einer Meldung aus Essen wollte gestern eine Kommission von französischen Offizieren die Zeche Sälzer-Neuad bei Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte jedoch, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, denn sie wollten nicht unter Besatzern arbeiten. Die französischen Offiziere versetzen hierauf sofort die Zeche.

Kohlenlieferung unter gerichtlichem Zwang.

Düsseldorf, 16. Jänner. (Wolff.) Fritz Thijssen wurde heute vormittags vor den Generalsab des Brückentopfes Düsseldorf geladen. Im Auftrag des Generals Degoutte erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren, dem Generaldirektor Keßen, Bergassessor Kunge und Direktor Wüstenhöfer, daß sie, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Samtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben müssen. (Es interessiert zu wissen, welches Gericht für dieses Verfahren zuständig sein soll. Etwas ein französisches Kriegsgericht? Die Funktion der deutschen Behörden wurde doch von der Ingenieurkommission nicht aufgehoben! D. Red.)

Die neuen Sanktionen.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Italien wird sich der Maßnahme der Einhebung der Kohlesteuer im besetzten Gebiete auf Konto der Alliierten anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen; und zwar läme infolge der zwei weiteren von der Reparationskommission festgestellten Verschuldungen Deutschlands die Kontrolle der Dominialwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet. Ferner werde die Errichtung einer Kolonie im Rheinland rund um das Ruhrgebiet geprüft.

Aus den Erinnerungen eines Journalisten.

Der Redakteur der „Narodni Visty“, Josef Benizel, der jahrzehntlang dieses jugoslawische Blatt in Wien vertreten hat, gibt jetzt seine Erinnerungen aus den Jahren 1878 bis 1918 heraus, zu denen das eben erscheinende erste Heft mit seinen „kurzen Skizzen“ gewissermaßen die Einleitung bildet.

Es sind bis jetzt keine weltbewegenden Ereignisse, die da an uns vorbeiziehen, wie uns ja überhaupt das Dekadenzalter der nationalen Kämpfe nach dem Zusammenbruch der alten feudalkapitalistischen Ordnung einigermassen als eine Zeit des Fortschrittskrieges annimmt. Aber auch von den eigentlichen nationalen Kämpfen und von dem parlamentarischen Intelligenzspiel erfahren wir in diesem ersten Heft noch wenig. Es sind mehr kleine Bilder, die uns zusammenhängend vorgeführt werden.

Immerhin sieht man schon jetzt, wie hochnamigen die slowenischen Politiker die Bedeutung der Presse einschätzten. Die Journalisten hatten nicht nur Tag und Nacht Zutritt zu ihren, sondern sie wurden bei jeder wichtigen Angelegenheit vorher geladen. So erhielt Benizel vom Ministerpräsidenten Grafen Thun, als er eines Nachmittags zufällig in das Ministerpräsidentenamt kam, ohne weiters eine Verlesung zur Einsicht, die die Ermordung der Kaiserin Elisabeth miteilte, und es machte ihm nicht, daß er zu dieser Zeit die Nachricht nur an das Laibacher Blatt weitergeben konnte. Und der

Die Franzosen im „Vormarsch“.

Bergeblische Anbiederungen der französischen Soldateska. — Keine Anerkennung durch die Arbeiterchaft. — Bahnsinnige Teuerung im besetzten Gebiet. — Sinnes vermittelt 2 Millionen Pfund-Anleihe in England.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet hat sich nicht geändert. Die Franzosen setzen ihren Vormarsch fort, und treffen neue Maßnahmen, um die Besetzung noch weiter auszudehnen. Die Kontrollkommission zur Untersuchung der Kohlenzüge wurde wieder aufgehoben. Dagegen sollen neue Kontrollmaßnahmen getroffen werden.

Die Zechenbesitzer sind bisher fest geblieben und weigern sich, Reparationskosten zu liefern. Trotzdem hat die Besatzungsbehörde nicht gelassen, sie zu bestrafen. Trotz ihrer Mißerfolge läßt die Besatzungsbehörde von den Versuchen, die Günst der Arbeiter zu gewinnen, nicht ab. Heute fanden Konferenzen mit den Eisenbahnern statt. Der französische Kommandant erklärte, die Besetzung werde den deutschen Arbeitern nichts in den Weg legen, sondern ihnen alles zulassen, was ihnen in Deutschland vorenthalten werde. Alle Wünsche und Beschwerden sollen geprüft und nach Möglichkeit erfüllt werden.

Auf Anfragen der Arbeitervertreter erklärte der Kommandant, die deutschen Gesetze würden respektiert werden. Die Arbeiter protestierten aber gegen die Besetzung, erklärten, daß sie nur die deutschen Behörden anerkennen und zur Besatzungsbehörde kein Vertrauen haben. Schon die durch die Besetzung hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung um 50 Prozent sei hierfür Grund genug.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ soll Hugo Stinnes eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Kohlen in England abgeschlossen haben.

Italiens Bedenken.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Ministerpräsident Mussolini ersuchte die französische Regierung um eingehende Aufklärung betreffs der Tragweite der Besetzung des Ruhrgebietes sowie der Befugnisse der Kontrollmission. Poincaré hat ihm in einer besonderen Note die gewünschte Aufklärung gegeben. Gegenüber der römischen Meldung, nach welcher die italienische Regierung ihre Vermittlung in der Ruhrfrage angeboten habe, wird erklärt, daß ein derartiges Angebot in Paris nicht eingelangt sei.

Rom, 17. Jänner. Bezüglich der italienischen Anfrage über die Ziele der französischen Aktion im Ruhrgebiete meldet „Messagero“ aus Paris: Die italienische Regierung hat eine Meldung über die deutsch-französischen Gegenstände gefordert und erklärt, daß die Reparationspfänder von Zivilfachleuten und nicht von Okkupationsmilitär verwaltet werden sollen.

Deutschland verhandelt nicht mit der Reparationskommission.

Paris, 17. Jänner. Die Reparationskommission sollte heute die Vertreter Deutschlands in der Frage der deutschen Benzollieferungen an Italien auf das Konto der Reparationen anhören. Von der deutschen Kriegslastenkommission langte jedoch die Nachricht ein, daß die deutschen Delegierten ihren früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen haben, und daß sie daher ihre Anhörung nicht verlangen. Die Reparationskommission wird in dieser Angelegenheit am Freitag die Entscheidung treffen. — Das Datum, wann über die Bedingungen für das Deutschland für das Jahr 1923 zu bewilligende Moratorium gesprochen werden soll, ist noch nicht festgesetzt.

Keine Hoffnung auf Rußland.

Berlin, 17. Jänner. Der „Vorwärts“ wendet sich in seinem heutigen Leitartikel gegen den unpolitischen Sinn weiter Kreise des deutschen Volkes, das sich Illusionen hingibt, so z. B. der Hoffnung auf Rußland, die insbesondere von der nationalsozialistischen Bewegung genährt wird. Das deutsche Volk verzeihet zwar mit Genugtuung, daß die Regierung Sowjetrußlands gegen den Gewaltakt des französischen Imperialismus protestiert habe, aber die russische Staatspolitik bediene sich der kommunistischen Internationalen nur als Werkzeug für den Imperialismus.

Bergeblische Requisitionsbefehle.

Paris, 17. Jänner. Die Havas meldet, haben gestern sechs Zechenbesitzer aus dem Bezirke Essen die Requisitionsorder erhalten, u. zw. jeder Teil einzeln. Weitere Requisitionsbefehle sollten gestern abgehen, sodas sämtliche Grubenbesitzer baldigt im Besitze der Requisitionsbefehle sein würden. Die Grubendirektoren werden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht; es wird ihnen mit Prozessen vor dem Militärgerichte gedroht werden.

Offizielle Ablehnung der polnischen Mobilisierung.

Warschau, 17. Jänner. (P.A.Z.) Ministerpräsident Sikorski erklärte gegenüber dem diplomatischen Redakteur der Poinischen Telegraphenagentur, die von der Auslandspreffe verbreiteten Gerüchte über eine polnische Mobilisierung entstammen feindlichen Quellen und entbehren der Grundlage. Die innere Lage ist eine gute und die Beziehungen zu den Nachbarn enthalten nichts, was die Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens in Frage zu stellen berechtigen würde.

Der Kampf um Memel.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Die Votenschaftskonferenz beschloß, unverzüglich nach Memel eine außerordentliche Kommission zu entsenden, welche die dortige Regierung unter Autorität der Alliierten einsetzen soll.

Fortgekehrte Bauernhaufe in Berlin.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Heute stieg der Dollar auf 18.151, das englische Pfund auf 84.787, der Schweizer Frank auf 3421 und die tschechische Krone auf 507 Mark. — Nachbörlich gingen die Kurse unter dem Einfluß von Gerüchten über englisch-amerikanische Einmischung etwas zurück.

London, 17. Jänner. (W.A.) Die Sachlage im Ruhrgebiete wird, wie aus den letzten Nachrichten hervorgeht, in Großbritannien als sehr ernst angesehen. Das Sinken der Mark am heutigen Devisenmarkt schreitet fort. Mit der Notierung 82.000 Mark für ein Pfund Sterling wurde eine Rekordleistung erzielt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in England.

London, 16. Jänner. (Amf. Radio.) Bonar Law empfing heute eine Arbeiterabordnung, welche dem Ministerpräsidenten ihre Ansichten in der Frage der Arbeitslosigkeit übermittelte. Bonar Law stellte in seiner Antwort fest, daß der Kabinettsausschuß, der sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit befaßt, nun unterbrochen tage und verschiedene diesbezüglich überreiche Vorschläge prüfe. Der Ministerpräsident versicherte der Abordnung, die Regierung sei geneigt, ihr größtes Wohlwollen gegenüber allen Vorschlägen zu bekunden, welche geeignet wären, den Mängeln abzuwehren, sowie auch gegenüber allen von Gemeinden, Privatgesellschaften oder Syndikaten in dieser Frage gestellten Anträgen. Die Regierung ist auch bereit, unter annehmbaren Bedingungen Geldmittel zu gewähren, um die verschiedenen Vorschläge praktisch durchzuführen zu können. Die Regierung wolle alles unternehmen, was praktisch eine Herabsetzung der Ziffer der Arbeitslosen bewirken könnte.

Inland.

Ein Kampf um die Mandate nach verstorbenen Abgeordneten entbrannt in der letzten Zeit unter den tschechischen Parteien. Nach dem Tode des Abgeordneten Böczka, der der tschechischen nationalsozialistischen Partei angehörte, entstand ein Streit zwischen dieser Partei und den tschechischen Sozialdemokraten. Der zur Zeit der Wahlen auf der Kandidatenliste der tschechischen nationalsozialistischen Partei gestandene Herr Slawatschek, der später der tschechisch-sozialdemokratischen Partei beitrug, wurde vom Wahlgerichtshof eben deswegen seines Mandates für verlustig erklärt und es rückte der nächstfolgende Herr Bergmann in das Abgeordnetenhausein. Ein ähnlicher Kampf ist nunmehr nach dem Tode der kommunistischen Abgeordneten Slavnic zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und der Kommunisten entbrannt. Das „Pravo Lidu“ erklärt, daß ihr Nachfolger der Direktor der Prahiner Bezirkskrankenkasse Konecny sein werde, obwohl vor ihm auf der Kandidatenliste noch drei andere Kandidaten, und zwar Střitěch, Krčel und Sedlak stehen. Diese sind aber aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten und Mitglieder der kommunistischen Partei geworden. Das „Pravo Lidu“ beruft sich nun auf die unlängst gefällte Entscheidung des Wahlgerichtshofes, daß in ein freigeswordenes Mandat der Erbgamann der polnischen Partei nachfolgt, auf deren Kandidatenliste er gewählt wurde. Tritt er aus der Partei aus, so wird der nächste Erbgamann, der der Partei angehört, berufen. Da die Abgeordnete Slavnic auf die Kandidatenliste der tschechischen Sozialdemokraten gewählt wurde, muß auch ein Angehöriger dieser Partei ihr nachfolgen. Im Sinne dieses grundsätzlichen Beschlusses des Wahlgerichtshofes, welcher rückwirkende Geltung hat, wird es auch nötig sein, die Gültigkeit des Mandates anderer Abgeordneten, insbesondere des Abgeordneten Dubnik (Kommunist) nachzuprüfen, welcher das Mandat nach Tuzar einnimmt. Das „Pravo Lidu“ ist allerdings anderer Ansicht und begreift den Standpunkt des „Pravo Lidu“ als räuberisch. Die Entscheidung des Wahlgerichtshofes könne hier nicht appliziert werden, weil es sich nicht um das Ueberlaufen eines Einzelnen, sondern um die Spaltung der Partei handelt. Die kommunistische Partei, welche aus der Wahrheit der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sei, habe das Recht gehabt, ihren Namen zu ändern, sei aber dennoch die Nachfolgerin der früheren Partei. — Der Wahlgerichtshof wird sich also wiederum mit einem Streitfall zu beschäftigen haben.

Finanzminister Raiz bestellte ihn zu sich, um ihm sofort über die Unterredung mit dem Kaiser Bericht zu erstatten, in der über die zur Bedeckung der Beamtengehaltsvorlage verlangte Erhöhung der Jüdersteuer beraten werden sollte. Darüber wollte ihm Raiz mit: Gestern abend erhielt ich aus der Kabinettskanzlei ein Schreiben, daß ich heute schon um 8 Uhr früh zum Kaiser komme. Als ich in sein Arbeitszimmer trat, ersuchte er mich, auf geeignete Weise in den tschechischen Blättern den Dank für die Kundgebungen der Sympathien für die Tote zu veröffentlichen. Dann, als ob keine Gattin nicht in diesem Augenblicke in der Hofkapelle auf der Bahre liege, ging er gleich zur sachlichen Verhandlung über. Er ersuchte mich, das Referat mündlich vorzutragen. Er unterbrach mich dabei nicht ein einzigesmal. Als ich geendet hatte, fragte er, ob es nicht möglich wäre, zugleich auch die Offiziersgagen zu erhöhen. Als ihm Raiz erwiderte, daß dazu die Delegationen, die bereits gelangt hatten, noch einmal einberufen werden müßten und die ganze Welt glauben würde, daß das nur wegen außerordentlicher Rüstungskredite geschehe, was einen Sturz der österreichischen Baviere zur Folge hätte war er sehr unzufrieden. „Neh sah“ sagte Raiz, „daß ich es mir mit ihm wieder verdorben hatte, wie damals, als ich nicht fünfundsünfzig Millionen für die Flotte bewilligen wollte. Neh sah, daß ich in diesem Augenblicke den zweiten schwarzen Strich bekommen habe, wie im Wald der Baum, der zum Fällen bestimmt ist. Einige Sekunden schweig er, offenbar überlegte er; dann sagte er: „Bitte, gehen Sie zum Grafen Thun, daß er für ein Uhr einen Ministerrat in die Burg einberufe. Der Ministerrat war kurz, er dau-

erte kaum eine Viertelstunde. Der Kaiser lag uns wieder an, daß wir die Delegationen einberufen und die Offiziersgagen erhöhen. Als der Finanzminister seine Gründe dagegen vorbrachte, ließ der Kaiser abstimmen. Die Forderung des Kaisers wurde einstimmig abgelehnt, der Antrag Raizs, die Beamtengehälter schon vom 1. September an zu erhöhen, angenommen. Nun fragte Franz Josef, ob Raiz die Mittel dafür habe und ob er die Verantwortung übernehme. In dieser Erzählung bemerkte Raiz: „Vor alledem dürfen Sie nichts in die Öffentlichkeit bringen, solange ich oder der Kaiser leben. Schreiben Sie es sich aber auf, damit einmal die tschechische Öffentlichkeit erfahre, daß die erste Sorge Franz Josefs das Militär war, aber auch, wie schwere Kämpfe ich mit ihm hatte, wenn ich etwas ungunsten der Beamten durchsetzen wollte.“ Diese Charakteristik des Kaisers, den der schreckliche Tod der Gattin so aufregte, daß er an nichts dachte als — an die Offiziersgehälter wird aber, allerdings unfreiwillig, ergänzt durch eine Charakterisierung des Finanzministers. Dr. Raiz sagte an seine Erzählung noch die Bitte an, es möge in allen Zeitungen folgende Notiz veröffentlicht werden: „Seine Majestät hat auch in dem großen Schmerz, von dem sie betroffen wurde, an ihre Beamtenchaft nicht veroffen. In den Tagen der Trauer hat sich der Kaiser um sie gekümmert und angedeutet, daß die erhöhten Bezüge der Staatsbeamten rückwirkend vom 1. September ausbezahlt werden.“ Vom Hof erfährt man auch sonst einiges. So vom Hofsohn Franz Ferdinand, von dem Benizel erzählt, daß er oft geworden wärfelbe Resistenz machte, weil ihm der Kaiser nur einen so geringen Wirkungsbereich gab. Einmal

schickte er einen adeligen Vertrauensmann zu Benizel mit einer Bitte. Es war behauptet worden, daß Franz Ferdinand den Kaiser gegen die Magnaten und ihre Forderung nach einer selbständigen Armee heße, und er wollte, es solle in den „Narodni Visty“ mitgeteilt werden, daß er sich der Grenzen seiner Kompetenz bewußt sei und deshalb in die aktuellen politischen Streitigkeiten nicht eingreife. Das wurde auch veröffentlicht. Ein zweitesmal schickte er zu ihm den Hofrat im Handelsministerium Dr. Jan'ach, der von Dr. Forst in das Handelsministerium gebracht worden war, damit er eine in einer tschechischen Zeitung veröffentlichte Beschwörung, daß er die Kronleichenfeier in Venedig zu früh verlassen habe, aufkläre. Ueber das Verhältnis Franz Ferdinands zu den Tschechen erfährt man leider nicht viel. Nur einmal wird mitgeteilt, daß er nicht verstehen konnte, warum die Tschechen gegen die Selbstständigkeit Albaniens und gegen das italienisch-österreichische Kondominium seien, gegen das Marfah und Aramarsch gesprochen hatten. Benizel erzählt, er sei berufen worden (ob zum Thronfolger oder zum Hofrat Jan'ach, wird nicht klar), um den Widerspruch aufzuklären, der darin liegt, daß die Tschechen für sich die tschechische Selbstständigkeit verlangen und sie Albanien verweigern. Der Dimezel Benizels auf das Schicksal des preussisch-österreichischen Kondominiums in Schleswig-Vollstein sei nicht ohne Eindruck geblieben. Den Hofrat Jan'ach nennt Benizel einen scharfsinnigen und effizienten Politiker und bedauert, daß er so jung gestorben ist. Er teilt übrigens mit, daß Kompač der Vermittler zwischen Franz Ferdinand und den tschechischen Nationalsozialen war. Es wäre also wohl in-

Das Abgeordnetenhaus tritt laut Beschluß des Fünfundzwanziger-Ausschusses der Koalition erst in der ersten Woche Februar zusammen. Der Senat wird am 23. Jänner seine bereits angefangene Sitzung abhalten, aber sodann ebenfalls bis zum Februar vertagt werden.

Die geplante Anhebung der bedingten Verurteilung. Zu der von uns bereits kritisierten Meldung des „Pravo Sida“, daß das Justizministerium eine Aufhebung der bedingten Verurteilungen für die Dauer eines Jahres beantragen werde, bemerkt der „Cas“, daß die bedingte Verurteilung mit den letzten Ereignissen nichts zu tun hat, da ja diese Rechtsvorschrift nur ausnahmsweise und nur bei Freiheitsstrafen in der Dauer bis zu einem Jahre durch Aufhebung des Strafvollzuges während einer bestimmten Bewährungsfrist gewährt werden kann. Es sind da wesentliche Gründe erforderlich, die den sofortigen Vollzug als nicht nötig erscheinen lassen, insbesondere darf die bedingte Verurteilung nicht wegen einer aus niedrigen und ehrlosen Beweggründen vollbrachten Straftat platzgreifen. Diese dem Richter gegebene Ermächtigung bedingten Strafschubes mit der Wirkung, daß es, wenn während der Bewährungsfrist kein neues Verbrechen begangen wird, vom Strafvollzug überhaupt abkommt, ist bei uns ganz neu und der Einfluß auf die Kriminalität noch nicht erprobt, obwohl — bis auf die Morde — die Kriminalität in Abnahme ist. Bei so schweren Verbrechen kann aber von einer bedingten Verurteilung nicht die Rede sein. In Deutschland gab es bei 124.000 bedingten Verurteilten nur 3800 rückfällige Personen. Die Aufhebung dieser Rechtsvorschrift wäre nicht zu empfehlen.

Tages-Neuigkeiten.

Poincarismus.

Es ist tragisch, daß die Politik Poincares gerade das züchtet, was die Franzosen über alles fürchten, nämlich den neupreußischen Militarismus. Poincare ist der Schutzheilige der deutschen Monarchisten und Militaristen. Seine Politik ist der Jungbrunnen des Militarismus und nicht nur in Deutschland. Poincare ist der erfolgreichste Feind des Pazifismus. Seine Politik zernichtet wie Schwamm das Gebälk der deutschen demokratischen Republik; sie fördert die Reaktion, und ihr allein verdanken die preußischen Monarchisten und Militaristen, verdanken die deutschnationale Partei und Deutsche Volkspartei den unerhofften Triumph, die glänzende Parade am vergangenen Sonntag auf dem Königsplatz in Berlin. Eine Parade des deutschen Nationalismus nach dem Herzen der Reaktion war diese Protestkundgebung der bürgerlichen Parteien gegen den französischen Vormarsch in Rheinland-Westfalen, und der Generallstab der preußischen Reaktion, der auf der Freitreppe des Reichstagsgebäudes seinen Standort hatte, machte kein Geheimnis daraus, daß er überaus zufrieden war mit dem Verlauf dieser Parade. „Prachtvoll! Prachtvoll! Wer hätte das vor einem halben Jahre gedacht!“ jubelte man. Wieviele Jahre ist es denn her, daß Rathenaus Leich aus diesem Gebäude herausgetragen wurde? Wieviele Jahre sind denn verfloßen, seitdem der Staatsgerichtshof in Leipzig seine Urteile gesprochen? War es vor zehn, war es vor zwanzig Jahren, daß die sozialistischen Parteien sich zum flammenden Protest gegen den politischen Nord in Rathaus zusammenfanden, daß die Volkseele lachte? Nie seit 1914 sah Berlin die politische Reaktion so üppig in Blüte, wie an dem letztvergangenen Sonntag. Der Verlauf dieser bürgerlichen Protestkundgebung gegen den französischen Vormarsch vernichtete die Hoffnung der Friedensfreunde, den in Versailles geschürzten Feinden in mühseliger, friedlicher Arbeit zu lösen. Diese Kundgebung war keine Angelegenheit etwa nur der am weitesten rechts stehenden politischen Parteien, war gemeinsames Unternehmen sämt-

licher rechts von der Sozialdemokratie stehenden bürgerlichen Parteien. Von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen eine geschlossene Front; der große Bürgerblock unter Führung der Deutschnationalen.

So schwer mit Sünden der Reaktion belastete Männer wie der deutschnationale Herrgott, der Volksparteiler Stresemann, waren für die Kundgebung am Sonntag als Redner präferierter, und weder Demokraten noch Zentrum sprachen zurück davon, Arm in Arm mit jenen vor den Hunderttausenden auf dem Königsplatz zu flanzieren. Der Vorstand vom Deutschen Gewerkschaftsbund der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, dem, im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Zentralorganisation der freien Gewerkschaften, die kirchlichen Dünkelhirsche und die christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, schmei sich nicht, die Massen seiner Mitglieder für diese Parade aufzubieten, den deutschnationalen Strategen die Arme zur Verfügung zu stellen.

Die Kritiklosigkeit dieser Masse, ihr Mangel an eigener Ueberlegung, ihre Willfährigkeit gegenüber Männern, die der arbeitenden Klasse wesenstreu gegenüberstehen, der ungeheure Mangel an Klassenbewußtsein, offenbarte sich im ganzen Verlauf dieser Demonstration. Wenn auch viele unzeitige Jugend dazwischen war, das Gros stellten doch die bürgerlichen Gewerkschaften: Arbeiter, Angestellte, Beamte, — Proletarier, auch wenn sie es ablehnen, sich so zu nennen. Und diese Masse — die rechtsstehende Presse übertrieben nicht, indem sie ihre Zahl auf dreihunderttausend schätzt — gefiel sich darin, die Krallen des Krieges noch am Leibe spürend — Soldatenlieder, Kriegslieder zu singen — zu singen? — vielmehr voller glühender Begeisterung zu geloben, zu schwören, was sie sang. Der Schrei nach Kriegserklärung, nach Waffen, leiste aus dieser Menge empor, belagerte stundenlang das Brandenburger Tor, drängte gegen die Reihe bewaffneter Sicherheitswehr wie lusterne Löwen gegen das Gitter des Käfigs und schrie ihre Wut und ihren Ingrimm über den Platz hinweg zur französischen Vorkost herüber. Sie belagerte, freischend vor Jörn, Hotels, wo Mitglieder der französischen Kontrollkommission wohnten. Sie schändete mit geblähten Rüstern auf Franzosen in den Straßenbahnen und Omnibussen. Sie ging aber auch mit Häuten und Stöcken auf eigne Volksgenossen los, die es wagten, das blinde Wüten als solches zu kennzeichnen.

Vielleicht schlägt Frankreich doch das Gewissen, wenn es sehe, daß der Poincarismus eine Vorwarnung zusammenstellt, die die junge deutsche demokratische Republik unter sich begraben kann.

Victor Rood-Berlin.

Aus besseren Zeiten der tschechischen Sozialdemokratie. Wir empfehlen insbesondere den tschechischen Genossen, die es einem jetzt oft schwer machen, ihnen diesen Ehrentitel zukommen zu lassen, die erste Lektüre folgenden Titels aus einem Aufsatz „Die tschechische Arbeiterbewegung in Oesterreich“ von Franz Soukup aus dem Jahrgang 1900/1901 der „Neuen Zeit“. Dort ließ sich der alte Führer der tschechischen Sozialdemokratie über das Problem der nationalen Frage in Oesterreich also vernehmen:

„Die ungelöste nationale Frage und deren Konsequenzen sind natürlich eines der schwersten Hindernisse der Entwicklung, nicht nur der tschechischen, sondern der gesamten österreichischen Sozialdemokratie. Die Frage muß aber einmal gelöst werden, und je früher das geschieht, desto besser auch für den wirtschaftlichen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs. Die nationale Frage, insofern sie die geistige Befreiung und Schöpfung der Nationen bedeutet, ist ja keine ausschließlich tschechische Angelegenheit der vermögenden Klassen; auch die Arbeiterklasse hat ihr großes Interesse daran, daß ihre Nation nicht zugrunde gehe, und ist sie einer anderen Nation gegenüber gerecht, so wird sie auch ihrer eigenen Nation Genüge tun. Es ist auch zweifellos, daß, je mehr die nationale Frage ihrer Lösung entgegengeht, umso mehr die internationale sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich gewinnt.“

Soukup und die tschechische Partei sollten nicht anstehen, dieses eigene Rezept zu verwenden. Sie mögen in den Worten von Soukups Munde für Oesterreich die „Tschekoslowakei“ einsetzen und dann einsehen, daß sie seit den 22 Jahren trotz Krieg und Revolution nur nach der unerfreulichen Zeit umgelern haben.

Der Reichsberger „Vorwärts“ als Kriegsverhinderer. Die geistige Nummer des Reichsberger Kommunistenblattes schrieb über die erste neue Kriegesgefahr ungefähr dasselbe wie andere proletarische Blätter. Nur im Schlussabschnitt schlug der Kritiker eine eigene Note an und die darf sich hören lassen. Wird doch dort nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß zweite und weichenhalbe zumamt der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Bourgeoisie ihrer Länder Arm in Arm gehen, bereit, den neuen Krieg der Kapitalistenklasse zu unterstützen und ihr das Proletariat als Kanonenfutter anzuliefern. Die kommunistische Parteilogikation in allen Ehren! Aber es gibt Augenblicke von viel zu großer geschichtlicher Tragweite, als daß ihre Ausnutzung zu kommunistischen Parteiverbänden nicht fröhlicher Lichtschein wäre, und solch einen Augenblick durchleben wir jetzt. Am ehestens dem Wahnsinn des französischen Imperialismus Einhalt gebieten, so ist es die unerschrockene Einigkeit des Proletariates in der Abwehr der Kriegsvorbereitungen, die bürgerlichen Verbrecher aller Nationen müssen sehen, daß die Arbeiter einen neuen Weltbrand nicht dulden

und das äußerste unternehmen werden, ihn zu verhindern. Verdächtigungen, wie die vom „Vorwärts“ ausgesprochenen, sind nur insande, die Bourgeoisie am ersten Willen des Proletariates zweifeln zu machen und in ihrem freiblen Abenteuerwillen zu bestärken, sie besorgen also die Geschäfte der Hyänen des Krieges. Das ist für den Versuch, ein paar Seelen in die roten Gewerkschaften einzufangen, ein viel zu teurer Preis.

Genosse Dr. Karl Grünberg, Professor an der Wiener Universität, der am Freitag im Verhandlungsausschuss der Sozialistischen Arbeiterbewegung in England sprach, ist einer der bedeutendsten lebenden Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Den weitesten Arcien ist Professor Grünberg als Herausgeber des „Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ bekannt, einer Vierteljahresschrift, welche sehr wertvolle Beiträge zur Geschichtsschreibung des Sozialismus und zur Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung enthält. Grünbergs Hauptwerk behandelt die Geschichte der Feudalisten der Bauern und die Bauernbewegung und wird für lange Zeit wohl noch das grundlegende Werk über dieses komplizierte und vielgestaltige Problem bleiben. Als Universitätslehrer hat sich Grünberg schon vor dem Kriege dadurch ausgezeichnet, daß er seine Aufgabe nicht wie die meisten Professoren der Nationalökonomie an den deutschen Universitäten darin gesehen hat, Marx in Grund und Boden zu verdammen und von der hohen Warte einer sogenannten voraussetzungslosen objektiven Wissenschaft die Theorie der Arbeiterbewegung zu besänftigen. Sein Seminar an der Wiener Universität wurde von vielen sozialistischen Studenten besucht und aus diesem Seminar sind eine Reihe von Arbeitern hervorgegangen, die zur Erforschung der Sozialwirtschaftsgeschichte des alten Oesterreich wertvolle Beiträge geliefert haben. Von beiden Vorträgen, die Genosse Dr. Grünberg in Prag hält, kann daher mit großem Interesse entgegengelesen werden.

A. S. Wolf ist wieder aus der Verbannung aufgetaucht, und zwar in Wien, wo er jetzt seine Tage verbringt. Dort hat sich nämlich eine deutschböhmische, antisemitische „Kampfgemeinschaft“ gebildet, deren Hauptzweck die Bekämpfung des Judentums ist. „Es wird Deutschböhmern angenehm berühren“ — schreibt das „Nordb. Tagbl.“ — „daß an die Spitze dieser Kampfgemeinschaft Karl Hermann Wolf gewählt wurde, der damit einigermaßen in das politische Leben Deutschösterreichs tritt.“ Das nennt man den Nagel auf dem Kopf treffen. Die Bevölkerung Deutschösterreichs ist entzückt von der Tatsache, daß der Wolf wieder eine entsprechende Beschäftigung gefunden hat. Weniger „angenehm berührt“ aber werden seine Freunde in Wien und Teschen sein, wenn sie bemerken werden, daß den Wölfen seit dem Unsturz alle Schafe davongelaufen sind.

Eine Ehrung für Karl Kautsky. Unter diesem Titel meldet die „Arbeiterzeitung“ aus Budapest: Der Minister des Innern hat den Postdebit Karl Kautsky's Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ entzogen. Die in Wien erschienene ungarische Uebersetzung von Vissagaran „Die Geschichte der Pariser Commune“, die seit Jahrzehnten auch in Ungarn frei verbreitet wurde, wurde verboten.

Die erste Feuerbestattung in Wien. Wien, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Heute vormittags wurde die Feuerbestattungshalle in Wien in Benutzung genommen, indem die erste Feuerbestattung vorgenommen wurde. Diese Handlung ging ohne jede Störung durch die Regierung vor sich.

Die Konsolidierung der kommunistischen Internationalen. Aus Paris wird gemeldet: Die Kommunisten, die ausgestoßen worden sind oder demissioniert haben, haben unter der Führung von Frossard eine neue kommunistische Partei gegründet, die sich „Unitarische kommunistische Partei“ nennt (Parti communiste unitaire). Als vorläufiges Organ der Partei ist die Zeitung „Germinal“ in Belfort bezeichnet worden. — Auch diese Tatsache beweist, wie ungeheuer verdient sich die Kommunisten um die internationale Arbeiterbewegung machen. Ihnen ist es zu danken, daß gerade jetzt das Proletariat Frankreichs zerfahren und ohnmächtig ist und, statt sich zusammenzuschließen, in immer neue Sekteln zerfällt.

Revolvererschüsse im Budapest Theater. Bei der Dienstag-Vorstellung im hauptstädtlichen Theater in Budapest wurden vier Schüsse gegen den Luster abgefeuert. Verletzt wurde niemand. Das Publikum wurde durch die Hauptdarstellerin beruhigt. Es scheint sich um einen Substrich zu handeln. Die Untersuchung ist im Gange.

Ein Kieseinbruch in Wien. Gestern nachts wurde bei der Möbelfirma Thonet in Wien ein Kieseinbruch verübt und Schmutz im Werte von 150 Millionen Kronen, den Damen bei der Firma deponiert hatten, gestohlen.

Ein Opfer seines Verfalls. Der 39jährige Bohrleiter des in der Nähe von Goding befindlichen mährischen Selbstbohrwerkes, Richard Taussig, wurde am 13. d. M. auf dem Wege von Goding zum Bohrwerk meuchlings ermordet. Um 8 Uhr früh des genannten Tages verließ er die Wohnung und nachdem er das zur Auszahlung der Arbeiter nötige Geld in der Bank gehoben hatte, begab er sich auf den Weg zum Bohrwerk. Der Weg dahin führt entlang des Marchflusses. Als Taussig mittags zu Hause nicht eintraf und auch die Arbeiter vergebens auf ihre Auszahlung warteten, wurde sofort die Abgängigkeitsanzeige erstattet. Bei der am Sonntag

durch die Genbarmerie vorgenommenen Nachforschung wurde auf halbem Wege zum Bohrwerk, etwa 50 bis 60 Schritte vom Marchflusse entfernt, eine große Blutlache vorgefunden. In der Nähe des Tatortes fand man eine abgeschlossene Browningpatrone sowie die Brille und den Bleistift des Ermordeten. Nach den Spuren zu schließen, wurde der Körper des Ermordeten zum Marchflusse geschleift und in den hochangewachsenen Fluß verwerft. Die Sicherheitsbehörden sind eifrig bemüht, in die rätselhafte Mordtat Licht zu bringen, doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Taussig einem Raubüberfall zum Opfer gefallen ist. Von dem Täter fehlt jede Spur. Der Ermordete, welcher sich in allen Kreisen der größten Beliebtheit erfreute, hinterläßt eine Witwe mit drei unversorgten Kindern. Hoffentlich gesteht es den Sicherheitsbehörden, des Täters bald habhaft zu werden. Schwierig gestaltet sich die Suche nach der Leiche, weil der Marchfluß hoch angeschwollen ist.

Ein kommunistischer Sekretär als Betrüger. Nach einer Meldung des „Duch Casu“ wurden in den Geschäftsbüchern des kommunistischen Sekretärs Johann Cervenska, der bei der kommunistischen Parteileitung in Mähr. Ostrau angestellt ist, große Abgänge festgestellt. Cervenska erhielt von der Arbeiter-Partei große Beträge zugewiesen, die er aber in seinen Büchern nicht eintrug. Da die Geschäftsabrechnung des Cervenska nicht kontrolliert wurde, so ist man erst jetzt auf die Betrübheiten darauf gekommen, nachdem der Fehlbetrag bereits viele Tausende betrug.

Bergewaltigung einer Siebenjährigen. In Aitrau wurde ein 16 Jahre alter Bursche wegen eines Sittlichkeitsverbrechens festgenommen. Er hatte am letzten Samstag ein im siebenten Lebensjahre stehendes Mädchen auf der Promenade angepöppelt und erzwungen, ihm ein Paket zu tragen. Dann hat er dem Mädchen Geld gestohlen, es nach einem Park geleckt und es dort unter der Androhung des Erschießens vergewaltigt.

Mord- und Selbstmordversuch. Der Schlossergeselle Edmund Fipvel, wohnhaft in Saal, hat am Montag früh auf die Freisengeschäft Leopoldine March zwei Schüsse abgegeben, wodurch diese schwer verletzt wurde. Darauf schloß er sich selbst eine Angel in den Kopf und verletzte sich gleichfalls schwer. Fipvel hat die Tat jedenfalls aus verkehrter Liebe unternommen. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus überführt.

Raubmord. Samstag nachmittags wurde der Bergmeister Taussig der Godinger Celarube, als er von der Stadt zu den Gruben ging, um die Auszahlung der Arbeiter vorzunehmen, überfallen, erschossen und seine Leiche in die hochangewachsene March geworfen.

Vor den Zug gestürzt. Die 17jährige Fabrikarbeiterin J. Hanusch aus Enns hat sich beim Neuhofnungsschachte vor den aus Tesch kommenden Zug gestürzt. Sie war auf der Stelle tot. Des Motiv der Tat ist unbekannt.

Eine Tatz: mit 500.000 Kronen verloren. Die Transportkassette aus dem Wälderhof in Prag erhielt gestern aus Labor nachts ein Diebstahl. Heute, den 17. d. M. hat eine Dame beim Einsteigen in den Zug Nr. 102 auf dem Wälderhof eine Lebertasche mit 500.000 K. verloren. Die Nachforschungen in dieser Angelegenheit blieben bis jetzt erfolglos.

Die vor dem 1. Jänner 1923 verfallenen Staatsangehörigen und ihre Hinterbliebenen, sowie die Hinterbliebenen nach solchen Staatsbediensteten, welche in der Mittwoche vor dem 1. Jänner 1923 gestorben sind, wenn sie im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik wohnen und ihre Ruhe- und Versorgungsgeldnisse bei einem Pensions-Versicherungsamt der Finanz-Landesbehörde vorzulegen sind, haben ihren Anspruch auf Teuerungszulagen höherer Familienklassen, sowie auf Kinderbeihilfen bei dem genannten Amt mittels unachtempelter Anmeldung geltend zu machen. Dieser Anmeldung, in welcher die Nummer des Liquidierungsblattes anzugeben ist, sind die notwendigen Dokumente beizufügen. Denjenigen, die bis zum 15. Jänner 1923 die erwähnte Anmeldung nicht einbringen, wird die weitere Auszahlung der Teuerungszulagen und Zuschüsse für die Familienmitglieder eingestellt werden.

Kleine Chronik.

Stiftungen zur Bekämpfung des Krebses. Die außerordentliche Zunahme der Krebskrankungen, die in England festgestellt worden ist, hat dort die Bewegung zur Bekämpfung dieser furchtbaren Krankheit mit neuem Eifer erfüllt. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, haben Sir William Bann 10.000 Pfund und der reiche Nanabier Lord Alholstone 100.000 Dollar als Preise für eine neue Methode der Krebsheilung ausgesetzt. Da derartige Entdeckungen aber selten durch einen Einzelnen gemacht werden, so haben sie sich überzeugen lassen, daß es besser ist, die Stiftungen in regelmäßige Beiträge für die Fortführung der Krebsforschung umzuwandeln und jährlich bedeutende Summen dem Londoner Krebsinstitut zur Verfügung zu stellen.

Ein Lenkballon ins Meer gestürzt. Nach einer Meldung aus Havana ist der große amerikanische Lenkballon „Kolombus“, der den Weg auf dem Wege nach Havana verlassen hat, ins Meer gestürzt. Fünf Passagiere sind ertrunken.

Schiffstatastrophen. Das deutsche Motorschiff „Aemira“ aus Lübeck ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag an der schwedischen Küste in der Nähe von Sandhamn untergegangen. Die gesamte Mannschaft, die wahrscheinlich sechs bis sieben Mann betrug, ist ums Leben gekommen. — Der Dampfer „Greifswald“ aus Sankt ist untergegangen. Die Besatzung von 18 Mann wurde gerettet.

Explosionsunglück. Melbourn, 17. Jänner. (Havas.) In der Pulverfabrik Dear Port ereignete sich eine Explosion, durch welche drei Arbeiter getötet und einer verletzt wurden.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“

Boltswirtschaft und Sozialpolitik

Faschistische Gewerkschaftsorganisationen scheinen die Nationaldemokraten gründen zu wollen. Die letzte Nummer der „Tschecho-Slovenische Listy“, des nationaldemokratischen „Gewerkschaftsorgans“, ist ganz der Propaganda faschistischer Grundsätze gewidmet. Es wird da auch erklärt, daß sich in den Reihen der nationalen Bewegung vor allem das Proletariat befindet. Das Blatt enthält unter anderem auch folgende Vorkatzzeile:

Direkte Aktion gegen die Kommunisten. Infolge des Verhaltens der letzten Nummer des „Rude Pravo“ und der kommunistischen Partei ist es nötig, Repressalien gegen die Anhänger dieser Partei ins Auge zu fassen. Unsere Arbeitgeber müssen in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit handeln, in erster Reihe die auf dem Boden des sozialistischen Gedankens stehenden Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen. Die Anhänger der kommunistischen Partei hatten genug Zeit und Gelegenheiten, den richtigen Weg anzudeuten. Wir haben weiter kein Interesse daran, Leute zu unterstützen, aus deren Mitte Mörder hervorgehen. Dieser Vorkatz muß gründlich durchgelesen werden und wir sind überzeugt, daß die vertretenen Geister bald auf den richtigen Weg gelangen werden. **Jug. J. Damer.**

Diese Notiz ist eine direkte Aufforderung zum Streike des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft, gegen den sich ohne Unterschied der Parteirichtung wird stellen müssen. Faschistische Gewerkschaften dürfen in der Tschecho-Slowakei nicht aufkommen.

Tischler Achtung! In London streifen über 1000 Tischler bei der Firma Lebus. Ursache des Streikes ist äußerlich schlechte Behandlung und Ausbeutung der Arbeiter bei Anwendung von Methoden, die bei normaler Ausbeutung meistens der Kapitalisten im allgemeinen nicht üblich sind. Schon während des Krieges nutzte sich diese Firma der Kontrolle der Gewerkschaften dadurch, daß sie mit einer großen Anzahl von Arbeitern aus England und Pöhnan arbeitete. Diese Firma ist auch jetzt wieder befreit, den Kampf der organisierten Holzarbeiter durch Anwerbung von Arbeitern aus fremden Ländern zu erschweren und es ergab daher an alle Klassenbewußten Holzarbeiter der Auf. keine Arbeit nach England anzunehmen, bis diese Firma zu der Erkenntnis gelangt ist, daß ihre Arbeiterschaft auf ein menschenwürdiges Taseln vollen Anspruch hat und der Kampf mit Erfolg beigelegt ist.

Lohnkampf im Wiener Metallgewerbe. Am 17. Jänner (Eigenbericht). Die Betriebsräte der Metallarbeiter hielten heute eine Versammlung ab, um zu dem Veruche der Unternehmer, eine fünfprozentige Lohnüberhöhung zu tätigen, Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig ohne Debatte eine Resolution beschlossen, in der gegen die Erhöhung der Löhne im allgemeinen und namentlich durch einseitigen Diktat der Unternehmer Protest erhoben wird. „Die Konferenz der Betriebsräte“, heißt es zum Schluß, „belastet die Unternehmerorganisation mit der Verantwortung für die Folgen ihrer Sozialpolitik. Die Arbeiterschaft ist bereit, in der Verteidigung ihrer Lebenshaltung auch zu den äußersten Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zu greifen, und beauftragt das Lohnkomitee, in dieser Richtung alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen.“

Die Bierpreise neuerlich herabgesetzt. Die Prager Großbrauereien veröffentlichen an ihre Aktionäre Zirkulare, mit dem Datum vom 13. d. M., in welchen sie mitteilen, daß unter anderem der Preis für jeugradiges Lichtes Bier auf K 173.— franco Haus einschließlich der Verzehrungssteuer ermäßigt wird. Dabei wird noch bemerkt, daß, sobald die Biersteuer seitens der Regierung herabgesetzt werden wird, eine weitere Ermäßigung des Bierpreises sofort Platz greifen wird. — Nun wäre es endlich auch an der Zeit, daß die Prager Brauereien, resp. ihre Herren Direktoren (jede hat mindestens zwei bis drei hochholländische Exporteure) sich einiger, ihre enormen Preise zu regeln. Denn es kommt der Fall sich ereignen, daß Konsumenten fragen, warum kostet ein halblitrischer jeugradiges Bier ab Brauerei 230 K? Warum die Prager Großbrauereien für diese Quantität und Gradhaltigkeit nur 173 K, aber franco Haus und Verzehrungssteuer verlangen. Das ist ein Preisunterschied von 57 K plus 11 K Verzehrungssteuer, insgesamt 68 K, das sind 31 Heller pro Glas. Ein solch teures Bier können allerdings nur die neuen Reichen trinken.

Postenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	14.35/00
Berlin	1000.00
Wien	1000.00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 poln. Gulden	1405.00	14.8.00
100 russ. Rubel	0.16.00	0.26.00
100 schwed. Kronen	685.75	685.25
100 Dän. Kronen	178.25	177.75
100 franz. Francs	242.75	241.75
1 Pfund Sterling	164.75	163.25
1 Dollar	35.20.00	35.70.00
100 belg. Francs	229.25	228.75
100 Dinar	33.00	33.50
100 österr. Kronen	0.64.75	0.65.25
100 poln. Mark	0.09.25	0.14.25
100 ungar. Kronen	1.31.00	1.41.00

Züricher Schlußkurie.

	Geld	Ware
Paris	36.17.00	36.25.75
London	24.81.00	24.83.00
Berlin	0.1.30.00	0.08.00
Holland	26.10.00	26.20.00
Schweden	21.00.00	21.10.00
Österreich	0.00.75	0.00.75
Dänemark	0.2.00.00	0.2.10.00
Belgien	14.5.00	14.5.00
Neu York	5.31.00	5.33.00
Warschau	00.5.00	0.05.25
St. Petersburg	0.01.50	0.02.00
Wien	0.00.00	0.00.00

Gerichtssaal.

Bigamic.

Prag, 17. Jänner. Der bereits einmal wegen Diebstahls zu vier Monaten Kerker verurteilte Franz Machadel, Beamter der Krankenkasse in Arealup, heiratete am 3. Feber 1914 ein Fräulein Anna Staloud. Im Sommer 1914 rückte er ein und kam an die Front. Da er selten auf Urlaub war, entfremdete er sich seiner Frau. Im Frühjahr 1915 erkrankte er dann an Flecktyphus und kam ins Kriegshospital nach Klosterneuburg. Hier lernte er die Pflegerin Marie Schilling kennen, mit der er ein Verhältnis anknüpfte, das nicht ohne Folgen blieb. Machadel erkundigte sich beim Chefarzt, was er da tun solle, da er die Schilling nicht lassen wollte und andererseits doch bereits verheiratet war. Der Chefarzt beruhigte Machadel und erklärte ihm, daß heute Ausnahmestände herrschen und daß er ruhig seine Geliebte heiraten solle. Machadel wurde dann auch tatsächlich am 3. Mai 1916 auf dem Krankenlager mit der Pflegerin getraut. Später wurde ihm aber doch vor den gerichtlichen Folgen der Bigamie bange und er ließ sich am 20. Dezember 1919 von seiner ersten Frau scheiden. Der Scheidungsprozeß dauerte damals ziemlich lange, da Machadel keinen triftigen Scheidungsgrund anzuführen wußte. Mit seiner zweiten Frau lebte Machadel bis Ende des Jahres 1922 in glücklicher Ehe, bis sie ihn mit einem anderen Beamten betrog. Machadel wurde durch diese Entdeckung in Verzweiflung gebracht, daß er sich selbst bei der Staatsanwaltschaft wegen Bigamie zur Anzeige brachte. Bei der heutigen Verhandlung, die vor einem Strafsenat beim Prager Landesgericht unter Vorsitz des OEGK. Kleiner stattfand, erklärte Machadel, daß er seine zweite Ehe bei vollständiger Unzurechnungsfähigkeit geschlossen habe. Im Epitole wäre er fortwährend im Fieber gelegen und er hätte eigentlich nicht gehandelt, sondern sei verheiratet worden. Die Verhandlung mußte schließlich vertagt werden, um Zeugnis aus dem Klosterneuburger Spital vorzuladen, da die Verteidigung des Machadel beim Gerichtshof nicht auf unbedingten Glauben stützt.

Kunst und Wissen.

„Der weinende Satyr“. Komödie in drei Akten von Fräulein Strámel. Uraufführung im Weinberger tschechischen Stadttheater. — Fräulein Strámel ist derjenige unter den heutigen tschechischen Dichtern, der den Geist Ernst Curtius und Charles Louis Phillips am tiefsten begriffen hat, weil er diesen im Volkstheater würdevoll den Künstlern durch Wohlwermundlichkeit innig verbunden ist. Und es war kein Zufall, daß die erdlosen Sozialistinnen, die den Dramatiker Strámel am Montag abends vor die Kampe riefen, von einem Publikum ausgingen, das zunächst aus jugendlichen Menschen bestand. Denn Strámel ist der Dichter der Jugend, in allen seinen Werken wird dem Vortritt der Jugend, zu lieben und geliebt zu werden, das Wort geredet. Wie bei Curtius handelt es sich hier die Menschen triebhaft, intellektuellen Erwägungen, bürgerlicher Verstelltheit obhold. Von der Ausrüstung der Reidenheit in der Komödie „Sommer“ über die spätromantisch verzichtbereite Stimmung im „Rund über den Fluß“ führt der direkte Weg zum „weinenden Satyr“, der mehr Dichtung als Komödie ist. In einer Reihe alternder oder greiser Menschen wird das unendliche Fortdauern der Garpfanglichkeit für die Schönheit des Lebendigen aufgezeigt, in der Mitte der Akte erscheint die unmerkliche Jugend in Gestalt eines sechzehnjährigen Mädchens und entfacht die Blut auch in Herzen, welche das Gesehen verkannt haben, zu jungem Feuer. Der Ausgang, (beider melancholisch, ist doch ein Befehl zum Leben, zum frischen, mit dem Herzen geliebten Leben. Und der Komödie legter Sinn: die Zeitmaske ist eben nur Maske — einzig echt sind die Tränen über die Vergänglichkeit alles Irdischen. — Von dem Dichter & Capet mit Liebe einstudiert, von B. Feuerstein reizvoll, sommerlich frohlockend inszeniert, wurde das ergreifende Werk von den Darstellern, unter denen die Herren Jurny und Salopal sowie Frau Zbl und Fräulein Schatzky besonders hervorragen, mit inniger Hingabe gespielt. o. k.

„Triften und Holde“. Morgen, Freitag, 6 Uhr, Großspiel Rudolf Ritter-Singapore, Anna Wolf-Zinner-Drauschweig „Triften und Holde“. Die Bräutigame liegt Zuzanne Ticha-Söpi. Dirigent: Jenkschitz.

Reinigung „Uga“. Gestern Hauptmanns interaktanter Nocturnus „Uga“ wird unter Spielleitung Robit Roberts Samstag neuinszeniert aufgeführt.

Premiere „Cajanovas Sohn“. Samstag und Sonntag in der Reinen Bühne zum erstenmal Rudolf Lehars anspruchsvolle Komödie „Cajanovas Sohn“, das jugendliche Rebertsstück des Berliner Kleinen Theaters.

Reines Theater. Heute, Donnerstag, und Sonntag Lehars melodische Operettenkomödie „Arasquita“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Arbeiter vorstellung „Gastspiel Kubla „Bardier von Bagdad“; Karten bei Deutscher Deutsch, Graben 25, (Kleiner Saal).

Kleine Bühne. Heute, Donnerstag, die unterhaltigste Revolutionsgroßkomödie „Clown Gottes“; morgen, Freitag, der neue Einakter „Die Rette“;

Samstag und Sonntag abends Premiere „Cajanovas Sohn“; Sonntag nachmittags das französische Lustspiel „Roussell“.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Fügnerova nam. 4. Donnerstag, den 18. Jänner findet um 8 Uhr abends im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Nebozanka, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen. Vortrag des Abgeordneten Genossen Hirsch über unsere internationalen Beziehungen. Am 1. Feber 1923 in Heines Wintergarten: Maslenski. Vorverkauf in der UGE, der Administration des „Sozialdemokrat“ und bei Deutscher Deutsch, Prag, Vilshof. 1977

Mitteilungen aus dem Publikum.



Ceres-Krapfen
für verliebte Leute!
Beschweren nicht den Magen!

Während mit Schmalz, Rind- oder Schweinefett ausgebackene Krapfen oft Magenbeschwerden verursachen, sind Ceres-Krapfen sehr bekömmlich.

1882

Knapp vor der Ziehung sind keine Lose zu bekommen!
Kauft schon heute!
STAATSPRÄMIEN-BAULOSE.

Ziehung am 1. Feber 1923.

Gezogen werden

1 Treffer zu 1,000.000 Kc

3 Treffer	zu 500.000 Kc
10 Treffer	zu 100.000 Kc
20 Treffer	zu 50.000 Kc
50 Treffer	zu 20.000 Kc
100 Treffer	zu 10.000 Kc
1000 Treffer	zu 5.000 Kc
300 Treffer	zu 2.500 Kc
1000 Treffer	zu 1.500 Kc
1433 Treffer	um 8.000.000 Kc

Verlangt Prospekte!

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigen Bücher und Zeitschriften werden reichhaltig geliefert.

Interessieren Sie im Sozialdemokrat !!

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Tetschen. Sonntag, den 18. Feber Bezirkskonferenz mit nachfolgender Tagesordnung: Organisierung der sozialen Fürsorge im Bezirke Tetschen, Vortrag über die Schritte, die gegen die Vorkreibungen der Vermögensabgabe zu unternehmen sind und wichtige, parteiinterne Angelegenheiten.

„Amerikanische Geschäftspraxis“.

Wir beabsichtigen, den Armen und den Arbeitlosen unentgeltlich Schuhwerk zu verschaffen. Deshalb unterhandelt unser Chef, Herr Thomas Daco, mit dem Tschecho-Slowakischen Roten Kreuz den abgetragenen Schuhwerk gekauft werden sollte. Dieser Gedanke erweckte bei manchen Herren geradezu Begeisterung, nur Direktor Dr. Linhart nahm gegen unser Projekt einen ablehnenden Standpunkt ein. Zwei Tage nach dieser Unterredung erschienen unter obigem Titel im „Prager Tagblatt“ und in den „Edvose Review“ Artikel, in welchen eine ähnliche Aktion eines Kaufmannes aus Boston (eigentlich eines Betrügers) geschildert wurde, welche allerdings mit einem schlechten Resultat für die Auftraggeber endete.

Es ist sicher, daß dieser Artikel von der organisierten Konkurrenz, die auf irgendeine Weise von unserem Vorhaben Kenntnis erhielt, inspiriert und auch bezahlt wurde, einer Konkurrenz, die lieber das Geld herauswirft, um unsere Bemühungen im Interesse unserer Rinde zu vereiteln, als daß sie auch irgendetwas zur Wohlfahrt im Lande beiträgt.

Im angeführten Falle des Bostoner Kaufmannes wurde die Rundschaft derart angeknüpft, daß sie ihre alten abgetragenen Schuhe gegen neue, allerdings papierene, hergab. Unsere zahlreichen Kunden kennen unser Schuhwerk und wissen, daß sie bei jeder Gelegenheit, sei es bei einem Ausverkauf, sei es bei großen Nachlässen, stets Schuhwerk von vorzüglicher Qualität ohne Rücksicht auf den Preis, den sie zahlen, erhalten.

Daß die beabsichtigte Aktion mit dem abgetragenen Schuhwerk tatsächlich gut ist, beweist am besten das kampfshafte Bemühen unserer Konkurrenz, uns von unserer Absicht abzubringen, allerdings zum Schaden der Konsumenten und Arbeitslosen.

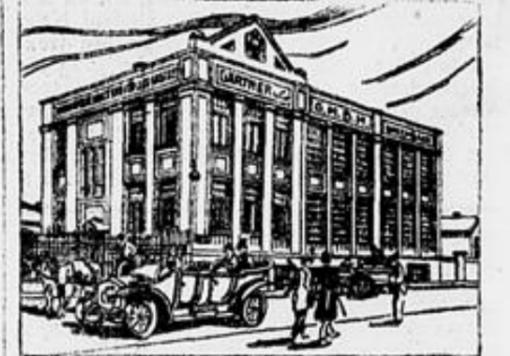
Trotz allen Hindernissen werden wir die angefangene Aktion im vollen Umfange vom 10. bis 27. Jänner l. J. in allen unseren Verkaufsstellen in Prag, Brünn und Mährisch-Osttau durchzuführen.

Abgetragene Herren- sowie hohe Damenschuhe übernehmen wir das Paar zu K 15.—, Kinder- und Damenhochschuhe zu K 10.—.

Wir sind überzeugt, daß unsere Kunden uns nie früher auch diesmal mit Ihrem Zutrauen beehren werden. **Safa.**

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Galik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. S. m. b. H.

Gesamtdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Zugschneidemaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 500.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 171. Postfach Nr. 177. 1923

Ausschreibung

Theatercafé-Restaurationsräumlichkeiten in den neubauten Stadtsälen in Teplitz-Schönau.

Die Stadtgemeinde Teplitz-Schönau vergibt sämtliche Caféhaus- und Gastwirtschaftsräumlichkeiten in allen Räumen der neubauten Stadtsäle insbesondere des Theatercafé's samt Terrassen, Restaurationsräumen im Theater, kleiner Saal, im Lichtspielhaus, im Ratskeller und allen Nebenräumlichkeiten und Büfets, zum pachtweisen Betriebe.

Die Bedingungen sowie sämtliche Unterlagen für die Vergebung erliegen beim Büf ermittelbar.

Nur erstklassige Pachtbewerber, welche die entsprechende Eignung als Pächter sämtlicher Betriebe nachzuweisen in der Lage sind, haben ihre Anbote insbesondere hinsichtlich des Pachtpreises bis 15. Feber 1923 an den Stadtrat Teplitz-Schönau zu richten.